

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 01.02.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 23. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 31.01.2017****öffentlich****5.6 Programm RRX-Außenäste
Umbau Bahnhof Süd
2743/2016**

Ausschussvorsitzender Wolter weist darauf hin, dass die Vorlage den hiesigen Ausschuss erst am frühen Nachmittag erreicht habe. Wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung angesprochen, schlage er vor, die Vorlage in die Bezirksvertretungen zu geben und bei abweichenden Voten dieser eine Sondersitzung am 14.02.2017, 14 Uhr, durchzuführen.

RM dos Santos Herrmann signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Der nun geplante Umbau des Bahnhofs sei lange überfällig. Die DB hatte zwar anfangs andere Vorstellungen vom Umbau, insofern sei sie nun froh über die vorgestellte Lösung. Dennoch möchte sie die kritische Frage aufwerfen, ob dies wirklich eine kommunale Aufgabe sei; für eine gute Kooperation zwischen der DB und den Kommunen sei noch viel Luft nach oben.

SE Blömer-Frerker sagt zu, die Neufassung dieser Vorlage in der Bezirksvertretung Lindenthal intensiv zu beraten. Ob diese jedoch ohne Änderungen zustimmen werde, bleibe abzuwarten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt auch RM Hammer die Verwaltungsvorlage. Er äußert seine Hoffnung, dass die nun vorgestellte Lösung auch die geplante Verlegung der Haltestelle der Linie 9 Richtung Uni-Mensa beschleunigen werde.

RM Weisenstein bittet um kurze Erläuterung, ob die Vorlage nun mit den Änderungsbeschlüssen der Bezirksvertretungen deckungsgleich sei. Im Übrigen sei sicherlich auch das Votum des Finanzausschusses von wesentlicher Bedeutung für die Entscheidungsfindung.

Seitens der FDP-Fraktion äußert RM Houben seinen ausdrücklichen Dank für die Beschlussvorlage.

Vorsitzender Wolter merkt an, dass der Einwand von RM dos Santos Herrmann sicherlich berechtigt sei; er weist jedoch darauf hin, dass die nun vorgeschlagene gute Lösung die finanzielle Beteiligung der Stadt Köln rechtfertige. Auch andere Kommunen hätten sich an der DB bereits die Zähne ausgebissen. Er sei nunmehr froh, dass hier nach fast 20 Jahren Diskussion Bewegung in das Projekt komme und halte den Beschlussvorschlag für alternativlos.

Aus Sicht der mobilitätseingeschränkten Personen macht SE Fahlenbock deutlich, dass der Durchstich extrem wichtig sei. Genauso wichtig sei jedoch, dass auch der Einstieg in den RRX barrierefrei möglich sei.

Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, erläutert kurz die wesentlichen Inhalte der vorliegenden Beschlussvorlage. Nicht die Planung oder die Gegebenheiten vor Ort hätten sich geändert, sondern die Absicht der Verwaltung, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Eine andere Möglichkeit, einen 2. barrierefreien Zugang zu bekommen, sehe die Verwaltung nicht. Die Aussichten, die Fördermittel vom NVR zu erhalten, schätze sie als gut ein.

Die Frage von SE Fahlenbock aufgreifend informiert RM Hammer ergänzend, dass lt. Internetrecherchen ein barrierefreier Einstieg möglich sei.

RM Michel teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese der Vorlage zustimmen werde. Die Kritik von RM dos Santos Herrmann an der DB sei sicherlich nicht von der Hand zu weisen; dennoch sei auch seine Fraktion froh, dass sich hier nun die Chance auf Berücksichtigung der Kölner Belange biete.

SE Graf bedankt sich zunächst für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zu den BV-Beschlüssen. Er bittet jedoch zuvor um einen Sachstandsbericht zur Brückensanierung Zülpicher Straße.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass von Bahnseite absehbar sei, dass der barrierefreie Zugang noch vor der Brückensanierung/Brückenneubau Zülpicher Straße erfolgen werde. Wann das Projekt Brücke angegangen werde, könne er derzeit nicht sagen.

Abschließend berichtet BG Blome aus ihrem reichen Erfahrungsschatz in Verhandlungen mit der DB, insbesondere im Zusammenhang mit dem RRX. Die Bahn setze hier nun einen barrierefreien Zugang um, damit sehe sie ihre Aufgabe nach Recht und Gesetz als erfüllt an. Alle weitergehenden Wünsche und Forderungen der Kommunen stellen ein einseitiges Verlangen dar und müssen selbst finanziert werden. Dieser Begriff sei auch im Eisenbahnkreuzungsgesetz schriftlich niedergelegt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Vorsitzender Wolter vor, die Vorlage ohne Votum – aber mit durchweg positiven Diskussionsbeiträgen – in die nachfolgenden Gremien zu geben. Ggf. werde dann am Tag der Ratssitzung eine Sondersitzung erfolgen.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien und verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen Innen-

stadt und Lindenthal uneingeschränkt zustimmen. Andernfalls findet eine Sonder-sitzung des hiesigen Ausschusses am 14.02.2017, 14 Uhr statt.